

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 02/2024



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

nach einer fröhlichen Karnevalszeit sind Sie mit dem (politischen) Aschermittwoch hoffentlich gut in die Fastenzeit gestartet. Über die vielen angenehmen Begegnungen im Rahmen von Fastelovend bin ich sehr dankbar – sie haben wieder einmal gezeigt, was für ein Geschenk der Karneval ist, gerade in so herausforderungsvollen Zeiten wie diesen.

In dieser Sitzungswoche wurde über entscheidende Gesetzesvorhaben beraten. Das Bild der Ampel ist nach wie vor erschreckend. Mit der Cannabis-Legalisierung geht sie einen folgeschweren Schritt in die falsche Richtung – und ignoriert bewusst den Rat aus den eigenen Reihen, der Wissenschaft und erfahrenen Praxis. Auch bei der Unterstützung der Ukraine ist das Agieren der Ampel erratisch bis unglaubwürdig. Dass diese Woche mit Frau Strack-Zimmermann eine führende Ampelpolitikerin unserem Unionsantrag zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern zugestimmt hat, ist ein höchst ungewöhnlicher Vorgang. Er zeigt, wie desolat die Stimmung in der Ampel gegenwärtig ist.

Wir als Union versuchen dem gegenzusteuern und haben einige Initiativen diese Woche vorgestellt. Uns geht es mit unserem Aufbauprogramm darum, die Wirtschaft wieder flott zu machen. Das würde uns einige Anstrengung und auch Geld kosten, aber wirtschaftlicher Erfolg ist die Basis aller zukünftiger Entwicklung. Auch unser Sozialstaat kann nur existieren, wenn wir ihn auch finanzieren können.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und freue mich auf unsere nächste Begegnung in Rhein-Berg.

Herzliche Grüße

Ihr Dr. Hermann-Josef Tebroke

WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEUTSCHLAND

Die Weltwirtschaft wächst gegenwärtig. Ausgerechnet für die deutsche Volkswirtschaft sind die Aussichten jedoch nach einem unbefriedigenden Jahr 2023 auch für 2024 keinesfalls zufriedenstellend, ja eher besorgniserregend. 2023 ist unsere Volkswirtschaft um 0,3 Prozent gesunken, das produzierende Gewerbe sogar um 1,5 Prozent. Für 2024 hat die Bundesregierung ihre Wachstumsprognosen von 1,3 Prozent auf 0,2 Prozent nach unten angepasst. Viele Unternehmen verlagern Teile ihrer Produktion aufgrund der hierzulande immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in das europäische oder sogar außereuropäische Ausland. Das darf so nicht weitergehen.

Deutschland braucht jetzt eine wirtschaftspolitische Wende. Wir sind ein starkes Land mit einer beeindruckenden ökonomischen Substanz, einer großen Innovationsfähigkeit und vielen tatkräftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Aber wenn die Rahmenbedingungen nicht passen, kann unternehmerische Kraft sich nicht entfalten. Wir als Union haben daher die Bundesregierung dringend aufgefordert, neben mittel- und langfristigen Maßnahmen zur grundlegenden Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit jetzt unmittelbar ein umfangreiches Paket aus Sofortmaßnahmen zu verabschieden, um ein lange überfälliges Aufbruchsignal zu senden und den wirtschaftlichen Herausforderungen entschlossen entgegenzutreten. Diese Vorschläge stellen wir mit einem Antrag zur Beratung in den Fachausschüssen und zur Abstimmung im Plenum des Bundestags. Wir fordern die Koalitionsfraktionen nachdrücklich dazu auf, sich diesem anzuschließen.

Unser Sofortprogramm umfasst zwölf entscheidende Punkte. So wollen wir Überstunden für Vollzeitbeschäftigte steuerlich begünstigen und strengere Sanktionen für Bürgergeldbezieher etablieren, wenn die Arbeitsaufnahme verweigert wird. Denn es muss klar sein, dass die finanzielle Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit den primären Zweck erfüllt, Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Darüber hinaus sprechen wir uns für die vollständige Rücknahme der von der Bundesregierung geplanten Steuererhöhung für Landwirte aus. Zu guten Rahmenbedingungen gehört ferner auch eine stabile Energieversorgung. Im Zuge dessen fordern wir die dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum (0,05 Cent/kWh) sowie die Halbierung der Netzentgelte. Dass wir daneben eine Kraftwerkstrategie brauchen, die Planungssicherheit und Technologieoffenheit verkörpert,

TERMINE

26.02.2024, 17:00 Uhr
Bürgersprechstunde Burscheid
Raum 242, Rathaus Burscheid

01. – 02.03.2024
Klausurtagung CDU Rhein-Berg

02.03.2024, 19:30 Uhr
RBB Frühjahrskonzert
Bergischer Löwe, Bergisch Gladbach

03.03.2024, 11:00 Uhr
CDU Odenthal Frühjahrsempfang
mit Dr. Norbert Röttgen MdB
Bürgerhaus Odenthal

06.03.2024, 19:00 Uhr
BKU Diskussion Zukunft der
Kirchenfinanzen
Kirche Maria in den Trümmern, Köln

08.03.2024, 20:00 Uhr
Theater- und Maiverein Eikamp
Eikamper Hof, Alte Wipperfürther Str. 80
51519 Odenthal

09.03.2024, 19:30 Uhr
Theateraufführung MGV Biesfeld
Pfarrheim Biesfeld
Im Binsfeld 1, 51515 Kürten

Sitzungswoche 11. – 15.03.2024
Deutscher Bundestag

12.03.2024, 18:00 Uhr
CDU/CSU-Kongress „Wertschöpfung in Kreis-
läufen –
Für ökologischen und ökonomischen Erfolg“
Paul-Löbe-Haus, Berlin

15.03.2024, 11:00 Uhr
Diskussion – Hauptausschuss Familienbund
Haus der Deutschen Caritas, Berlin

Sitzungswoche 18. – 22.03.2024
Deutscher Bundestag

*Weitere Informationen finden Sie auf
meiner Homepage!*

ist eigentlich eine Binsenweisheit – aber auch hier muss Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck dringend nachsteuern.

TOD VON NAVALNY – NOTWENIGKEIT DER ZEITENWENDE

Ende der vergangenen Woche ist der Tod von Alexei Navalny publik geworden. Mit ihm stirbt eine eindrucksvolle Persönlichkeit, ein Sacharow-Preisträger und ein unerschütterlicher Kämpfer für die Freiheit Russlands. Zugleich stirbt aber ein weiterer Funken der Hoffnung, dass das totalitäre Regime von Präsident Putin den Menschenrechten ansatzweise Beachtung schenkt. Wieder einmal ist das ohnehin nur noch rudimentär vorhandene Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit Russlands zutiefst erschüttert worden. Dass Alexei Navalny seinerzeit nach dem durch russische Geheimdienstmitarbeiter initiierten Giftanschlag sehenden Auges nach Russland zurückgereist ist und sich diesem Schicksal unterworfen hat, beeindruckt zutiefst. Er war sich bei seiner Ausreise aus Deutschland der Gefahren bewusst und hat diese aus Liebe zu seiner Heimat dennoch in Kauf genommen.

Politisch müssen aus seinem Tod klare Rückschlüsse gezogen werden: Eine echte Opposition in Russland, die über die regierungsgesteuerte Pseudo-Opposition hinausgeht, gibt es nicht mehr. Freiheitlich-demokratische rechtsstaatliche Strukturen sind systematisch und leider wohl vollumfänglich gestutzt worden. Das russische Regime schafft sich eine Realität, die Kritik nicht duldet.

Vor diesem Hintergrund erscheint es uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion umso wichtiger, dass wir die Ukraine im Kampf gegen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands unterstützen. Wir haben in dieser Sitzungswoche erneut einen Antrag gestellt, die Ukraine durch die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern angemessen zu unterstützen – und sind damit erneut an der Mehrheit der Ampel gescheitert. Trotz der eingangs skizzierten Bedrohungslage ist Deutschland von einem strategischen Paradigmenwechsel nach wie vor zu weit entfernt. Die von Bundeskanzler Scholz vor zwei Jahren so vollmundig ausgerufene „Zeitenwende“ ist über das Stadium der bloßen Ankündigung bis heute nicht hinausgekommen. Die „Nationale Sicherheitsstrategie“ der Bundesregierung bleibt leider allzu oberflächlich und zieht keine operativen Schlussfolgerungen für unsere Außen- und Sicherheitspolitik. Die Union sieht hier Handlungsbedarf und hat einen konstruktiven Vorschlag unterbreitet. Wir sprechen uns für einen „Nationalen Sicherheitsrat“ aus, der die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Bundesregierung stärken kann. Unsere Nachrichten-

EINBLICKE



Quelle: Susanne Schröder

Der Februar stand wieder ganz im Zeichen des Karnevals. Bunt verkleidet durch die Straßen ziehen, leckere Krapfen essen oder einfach ausgelassen feiern – die fünfte Jahreszeit war auch diesmal ein Fest.

Vielen Dank allen Ehrenamtlichen in Vereinen, die in ihrer Freizeit Festwägen bauen und Karnevalssitzungen vorbereiten. Ohne sie wären die Feiern – auch im Rheinisch-Bergischen Kreis – nicht möglich!



Unter *Fremde Federn* zu lesen: Der Bericht von Alexander Deicks Hospitation bei mir im Bundestagsbüro in Berlin.

dienste müssen mit den notwendigen Befugnissen ausgestattet werden, sodass sie Bedrohungen zeitnah erkennen und gegensteuern können. Verteidigung muss im Gesamtzusammenhang gedacht werden. Insoweit muss auch dem Bevölkerungs- sowie Zivilschutz wieder ein adäquater Stellenwert eingeräumt werden. Wir fordern, dass im Bundeshaushalt die Mittel so priorisiert werden, dass der Verteidigungsetat stufenweise anwachsen und Deutschland auch nach Ausschöpfung des Sondervermögens das 2-Prozent-Ziel einhalten kann. Die Bundeswehr muss in die Lage versetzt werden, unmittelbar ihr zugewiesene Aufträge und eingegangene Verpflichtungen erfüllen zu können. Dafür braucht es auch eine leistungsfähige Reserve.

Wir wissen, dass die damit verbundenen Herausforderungen für unseren Haushalt und auch unsere Gesellschaft als Ganzes groß sind. Aber die weltweite Lage zeigt, dass freiheitlichen Demokratien aller Orten Anfeindungen ausgesetzt sind. Autoritäre Regime fürchten nichts mehr, als dass sich die Idee von Freiheit, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit auch auf ihre Länder überträgt. Deswegen gehen sie so gezielt und auch so diffamierend gegen freiheitlich-demokratische Systeme vor. Wir sind herausgefordert, unsere Werte couragiert zu verteidigen.

INNENPOLITIK I – EINFÜHRUNG DER BEZAHLKARTE

Anfang November hat die Ministerpräsidentenkonferenz nach zähen Verhandlungen die Forderung der Union aufgegriffen, Asylbewerberleistungen zukünftig bundesweit über eine einheitliche Bezahlkarte auszuzahlen. Durch Bezahlkarten sollen Barauszahlungen an Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eingeschränkt werden, um Missbrauchsmöglichkeiten etwa in Form von Zahlungen an Schlepper oder Überweisungen ins außereuropäische Ausland zu erschweren. Eine Feststellung ist essenziell: Asylbewerber erhalten dadurch nicht weniger Leistungen, sondern die ihnen staatlich zugesagten Leistungen nur in anderer Form. Bezahlkarten sind daher mit zahlreichen Vorteilen verbunden. Sie tragen dazu bei, den Verwaltungsaufwand der Kommunen zu reduzieren, und senken die Anreize, allein aus wirtschaftlichen Gründen in unser Land zu kommen. Sie sind ein wichtiges Mittel, um diesen Pull-Faktor wirkungsvoll abzubauen.

Um diese sinnvolle Maßnahme rechtssicher umzusetzen, braucht es gewisse Gesetzesänderungen. Alle Juristen und auch die betroffenen Landesregierungen (selbst solche mit grüner Beteiligung) sind sich darüber einig. Die notwendigen Änderungen werden jedoch leider gegenwärtig von den Grünen im Bundestag blockiert. Wie so oft scheinen die Grünen

GRÜSSE AUS DEM TEAM



Mein Name ist Andrea Weber und ich arbeite seit 2017 für Herrn Dr. Tebroke im Wahlkreisbüro in Bergisch Gladbach und bin für die Büroorganisation im Wahlkreis zuständig.

Sprechen Sie mich gerne an: u.a. für Terminabsprachen, Bürgersprechstunden, in allen Fragen rund um das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP) und Besuchergruppen im Rahmen der BPA-Fahrten.

Kontaktdaten: 02202 93695 30

hermann-josef.tebroke.wk@bundes-tag.de

inhaltlich plausiblen Argumenten nicht zugänglich, sondern blockieren aus ideologischen Gründen notwendige Gesetzesanpassungen. Das Vorgehen der Grünen ist unverantwortlich. Es widerspricht den ohnehin regelmäßig zur Makulatur werdenden Abreden innerhalb der Ampel und ist in der Sache verkehrt. Wenn wir die illegale Migration nach Deutschland in den Griff bekommen wollen, sind derartige Schritte unverzichtbar.

INNENPOLITIK II – CANNABISLEGALISIERUNG

In dieser Sitzungswoche hat die Ampel die schrittweise Legalisierung von Cannabis beschlossen. Cannabis soll künftig nicht mehr zu den verbotenen Substanzen nach dem Betäubungsmittelgesetz gehören, Besitz und Konsum bleiben unter bestimmten Bedingungen zukünftig straffrei – das ist ein folgenschwerer Fehler.

Wir als Unionsfraktion lehnen diese Politik der Ampel ab und halten sie für verantwortungslos, gefährlich und wissenschaftsfeindlich. In seltener Einigkeit hat sich die Wissenschaft unisono gegen eine Legalisierung von Cannabis ausgesprochen – wegen der zahlreichen, nicht von der Hand zu weisenden möglichen Folgeschäden. Alle führenden Verbände der Kinder- und Jugendmediziner, der Kinder- und Jugendpsychiater, die Gewerkschaft der Polizei, der Bund Deutscher Kriminalbeamten, die Bundesärztekammer, der Berufsverband der Lehrkräfte und Pädagogen sowie viele weitere Verbände haben in einem eindrücklichen und lesenswerten Appel dringend davon abgeraten, dem nunmehr verabschiedeten Gesetz zuzustimmen. Nicht umsonst haben wir im Rahmen der Corona-Pandemie die Wissenschaft zum Maßstab unseres politischen Handelns gemacht. Dass jetzt das Gegenteil hiervon vollzogen und auch den dringenden Warnungen erfahrener Praktiker zuwidergehandelt wird, bleibt uns völlig unerklärlich. Es zeigt jedoch die gegenwärtige Geisteshaltung innerhalb der Ampelkoalition, auch übereinstimmenden Rat von ausgewiesenen Experten völlig unberücksichtigt zu lassen, wenn er ihrem Ansinnen zuwiderläuft. Unverantwortlich! Das Ganze wird noch auf die Spitze getrieben, dass selbst Fachpolitiker aus den eigenen Reihen der Ampel und Vertreter der ampelregierten Länder sich gegen die Verabschiedung des Gesetzes aussprechen. Das ist bemerkenswert – die Verabschiedung erscheint im Lichte dessen geradezu fatal.

Wir als Union haben hinsichtlich des Vorhabens aus guten Gründen eine dezidiert andere Auffassung und den Vorschlag abgelehnt: Insbesondere junge Menschen bis 25 Jahre sind durch den Konsum von Cannabis besonders gefährdet, da bei ihnen die Entwicklung des Gehirns noch andauert und

eben noch nicht abgeschlossen ist. Gedächtnis-, Lern- und Erinnerungsleistungen werden durch den Konsum von Cannabis negativ beeinflusst. Schließlich kann Cannabiskonsum zu depressiven und bipolaren Störungen, Suizidalität und Angsterkrankungen führen. Der Blick ins Ausland zeigt, dass der Konsum nach einer Legalisierungswelle gerade nicht konstant bleibt, sondern sich deutlich erhöht – mit den leider schon heute vorhersehbaren schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen.

Das nunmehr verabschiedete Gesetz ist losgelöst von der schon strukturell fehlergeleiteten Legalisierung auch handwerklich miserabel ausgestaltet, besser gesagt de facto undurchführbar. Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder hat sich vor diesem Hintergrund einhellig gegen das Vorhaben positioniert. Eine wirksame Kontrolle der kleinteiligen Auflagen und Regelungen durch Polizei- und Ordnungsbehörden wird in der Praxis unmöglich sein. Vielmehr entsteht zwangsläufig ein immenses Vollzugsdefizit und ein unübersehbarer Überwachungsaufwand. Eine solche Drogenpolitik zu Lasten unserer Kinder lehnen wir deswegen aus guten Gründen und mit großem Nachdruck ab.

NOMINIERUNG VON URSULA VON DER LEYEN ALS SPITZENKANDIDATIN

Anfang der Woche wurde Ursula von der Leyen einstimmig vom CDU-Bundesvorstand als Spitzenkandidatin der christdemokratischen Parteienfamilie EVP für die Europawahl Anfang Juni 2024 nominiert. Ich unterstütze diese Entscheidung und begrüße es sehr, dass sich Frau von der Leyen um eine zweite Amtszeit als Präsidentin der Europäischen Kommission bewerben möchte.

Sie hat in den vergangenen fast fünf Jahren eindrücklich gezeigt, dass sich ein engagierter Einsatz für ein vereintes Europa lohnt und wertvolle Früchte tragen kann. Im Rahmen der Corona-Pandemie hat die Europäische Kommission bei der Impfstoffbeschaffung beherzt und konstruktiv gewirkt. Die anhaltende tatkräftige Unterstützung der Ukraine wird maßgeblich von der Europäischen Kommission und ihrer Präsidentin betrieben – ein vergleichbares Engagement lässt die Ampelregierung dagegen vermissen. Auch im Bereich der Migration konnte Frau von der Leyen einen wertvollen Kompromiss erzielen, der angesichts der zu erwartenden Widerstände kaum möglich schien.

Losgelöst von diesen inhaltlichen Erfolgen zeichnet Frau von der Leyen ein eindrücklicher Stil aus. Sie agiert umsichtig und zielorientiert. Ihr Verhandlungsgeschick erlaubt es ihr, auch über Parteigrenzen hinweg Kompromisse zu erzielen

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227- 79547

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach
Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail:
hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet:
<https://www.hermannjosef-tebroke.de/>

Stand: 23.02.2024

und bei vermeintlich unüberbrückbaren Differenzen einen gemeinsamen Nenner zu finden. Ich bin zuversichtlich, dass wir als Union gemeinsam mit unseren Partnern aus der europäischen Parteienfamilie die Europawahl erfolgreich bestehen werden, um auch in Zukunft Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa zu erhalten.

FREMDE FEDERN: HOSPITANT ALEXANDER DEICK

„Nur mal ein paar Tage in den Bundestag schnuppern“ – das ist das verlockende Angebot des Hospitationsseminars des Bundesverbandes Katholische Kirche an Hochschulen, an dem ich in diesen Tagen teilnehmen durfte. Ein kurzer Schnupperkurs kommt mir sehr gelegen, denn als Priesteramtskandidat für die Diözese Mainz, der Katholische Theologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom studiert, habe ich bislang nur wenig Vorerfahrung in der Welt der Bundespolitik. In unserem einwöchigen Programm bekommen wir 16 Teilnehmer des Seminars einen sehr vielseitigen Einblick in das politische Berlin: Neben Hintergrundgesprächen mit Abgeordneten und Angestellten des Bundestags haben wir dieser Tage auch mit Vertretern der medialen Welt (aus dem ARD-Hauptstadtstudio) und der kirchlichen Welt (aus dem katholischen Büro) sprechen können.

Herzstück des Seminars ist allerdings die dreitägige Hospitation, die ich im Büro von Dr. Hermann-Josef Tebroke absolviert habe. Dabei war vom ersten Tag an klar, dass ich tief in den rasanten Alltag im Bundestag einsteigen durfte. Bei Ausschusssitzungen, bei Gesprächen mit Besuchern und im Plenarsaal habe ich wirklichkeitsnah die Arbeit in einem Abgeordnetenbüro kennengelernt und durfte so einen Blick hinter die Kulissen des „Motors der Demokratie“ werfen. Interessanterweise macht man sich – auch als politisch interessierter junger Mensch – mitunter ja keine großen Gedanken, wie das konkrete Alltagsgeschäft im Parlament aussieht; so wie ein Autofahrer sich auf die Funktionsweise seines Motors verlässt, ohne immer die vielen kleinen Funken vor Augen zu haben, die ihn gerade voranbringen.

Ich bin Herrn Dr. Tebroke und seinem ganzen Team sehr dankbar für die Gastfreundschaft, mit der sie mir begegnet sind, für die Zeit, die sie sich für mich genommen haben, für die offenen Gespräche, die wir geführt haben, und das unkomplizierte „Über-die-Schulter-Schauen“, das sie mir ermöglicht haben.

Alexander Deick